

(Sehr richtig links.), das heißt wir brauchen einen selbständigen Finanzminister. Alle Achtung vor dem Bundesrat, aber in Finanzpolitischer Beziehung ist er nur eine Schutztruppe der Einzelstaaten gegen die Erhöhung der Matritularbeiträge. Wenn dem Reich Geld fehlt, gibt es nur drei Mittel: 1. Erhöhung der Matritularbeiträge, 2. Anleihen, 3. neue Steuern. Die erste Geldquelle will der Schatzsekretär verstopfen, von der zweiten will er auch nichts wissen, bleiben also nur noch neue Steuern. Mit Recht wurde daher der neue Schatzsekretär der Minister für neue Steuern bezeichnet. (Sehr richtig links.) Ich würde mich sehr freuen, wenn mir die Entwicklung unrecht geben würde, aber ich kann Sie nur warnen, auf den Boden dieser Vorlage zu treten, da sie nur zur Erhebung neuer Verbrauchssteuern führen wird. (Lebhafte Weisung bei den Besinnlichen.)

Reichsschatzsekretär Herr v. Stengel (auf der Tribüne sehr schwer verständlich): Da der Etat und die Reichsfinanzreformvorlage der Budgetkommission übergeben wird und dort noch Gelegenheit zur Aussprache vorhanden sein wird, wäre ich eigentlich der Nähe überhoben, nochmals die Tendenz der Vorlage darzulegen. Eine höhere Belastung der Einzelstaaten durch Matritularbeiträge ist ausgeschlossen. Die vom Herrn Vorredner gewünschte Vorlage über die Wertschöpfungssteuer hoffe ich im Januar einbringen zu können. Das Verwilligungsrecht des Reichstags wird durch die Finanzreformvorlage nicht angetastet, da ein beweglicher Faktor von 100 Millionen bleibt. Auch die Matritularbeiträge sollen als äußerster Notbehelf erhalten bleiben. So haben die Einzelstaaten ein Interesse an einer geordneten Wirtschaft des Reichs. Dadurch unterscheidet sich die Vorlage von der Miquels. Mit neuen Steuern hat die Vorlage nichts zu tun. Wenn die Mittel durch den neuen Zolltarif nicht in genügendem Maße einkommen, sind diese sowieso notwendig. Der Reichstag hat die Ausgaben bewilligt und kann sich um ihre Deckung nicht kümmern. Die Einnahmen aus dem Zolltarif werden ohnedies schon durch die lex Trimborn beschränkt. Ich hoffe also, daß die Vorlage nach vorurteilsfreier Prüfung in der Kommission schließlich Annahme findet. Ueber neue Steuern will ich erst sprechen, wenn die Notwendigkeit dazu herantreten sollte, sonst wird unnütze Beunruhigung in weiten Volksteilen hervorgerufen.

Herr Karborff (Rechts): Die lex Stengel beurteile ich nicht so pessimistisch, wie Herr Richter. Die Klagen über unsere Anleihenwirtschaft sind sehr übertrieben, Frankreich und England haben weit höhere Anleihen. — Ich verstehe nicht, warum die Regierung nicht die Handelsverträge kündigt, vor allem gegenüber den Staaten, die das Meistbegünstigungsrecht haben. Eine Kündigung des Handelsvertrags mit Oesterreich würde derzeit dazu beitragen, das gute Einvernehmen zwischen Eis- und Transsylvanien wieder herzustellen. — Mit dem Gedanken der Reichseinkommensteuer wird von den verschiedenen Parteien nicht unaufrichtiger Wettstreit getrieben. Die Herren wissen doch genau, daß eine Majorität für diese Steuer in 10, 20 Jahren nicht zu haben ist. — An den Soldatennachlassungen, die auch sehr bescheiden, trägt mittelbar viel Schuld die zweijährige Dienstzeit und die sozialdemokratische Aufhebung, die die Leute renitent macht. — Herr Webel hat von Crimmitschau gesprochen. Die Schuld an der Not der Arbeiter dort tragen diejenigen, die sie in den Streik hineingehört haben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Fabrikanten können die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligen, wenn sie konkurrenzfähig bleiben wollen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Webel hat in Dresden den Umsturz proklamiert. Ich sehe die Stunde herbei, in der die Sozialdemokratie sich an den ehernen Mauern des preussischen und deutschen Reichs die Köpfe einrennt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Man darf die Macht der Sozialdemokratie nicht unterschätzen. Sie ist diejenige Partei, die die weitaus meisten Geldmittel aufbringt. Sie besteuert die Arbeiter höher, als der Staat. Ihre Führer sind in guten Stellungen untergebracht, bei den Krankenkassen, den Genossenschaften, als Medizinteure. Sie üben nicht nur Macht aus über die, die sich ihnen bedingungslos ergeben haben, sondern auch über weite Kreise des bürgerlichen Lebens durch den Boykott. Wir fahren mit Windeseile in den Zukunftsstaat hinein; wenn man 1 1/2 Millionen auf die Wägen abrechnen (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), so bleiben noch 1 1/2 Millionen wirkliche Sozialdemokraten übrig. Auch 1848 habe man nicht an eine Revolution geglaubt; aber bei den Revolutionen verlieren alle Menschen den Kopf. (Stürmische Heiterkeit links.) Bedauerlich ist, daß das Sozialistengesetz seinerzeit durch ein Mißverständnis aufgehoben worden sei. Mindestens muß man allen Sozialdemokraten das aktive und passive Wahlrecht nehmen. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) In einer sozialistischen Republik würde Ihre (zu den Sozialdemokraten) Behandlung der Monarchisten noch ganz anders sein. Mit geistigen Waffen kann die Sozialdemokratie ebensowenig überwinden werden, wie die Verbrecher durch den Hinweis auf die zehn Gebote. Ein organisierter Staat im Staate zu Umsturzszwecken kann nicht gebildet werden. Innerlich freilich kann, das gebe ich dem Abg. Schäbler zu, die Sozialdemokratie nur durch das Christentum überwunden werden. Sozialisten sind zwar auch die ersten Christen gewesen; aber sie predigten Demut, Barmherzigkeit und Milde. Wie bei einem Kreuzzug müssen alle inneren Feinden der Christen jetzt eingestelt werden. Dann werden wir mit der Sozialdemokratie fertig werden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Weiterberatung des Etats wird auf Sonnabend 1 Uhr vertagt. Vorher Handelsprovisorium.

In der Seniorenenkonvent des Reichstages wurde gestern unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Grafen zu Stolberg über die Vertretung der Fraktionen in den Kommissionen verhandelt, nachdem anerkannt worden war, daß der neuen Gruppe der wirtschaftlichen Vereinigung (Antisemiten, Christlich-Soziale, Bauernbündler, Landwirtebund), welche vom Präsidenten Grafen Walckreuth als Fraktion nicht anerkannt worden ist, eine Vertretung in den Ausschüssen gemäß der Kopfzahl ihrer Mitglieder zu gewähren sei. Auf Vorschlag des Abg. Dr. Spahn (Zentrum) soll der Vorsitz der Geschäftsordnungskommission, den in der vorigen Sitzung die Sozialdemokraten (Abg. Singer) besaßen, den Nationalliberalen eingeräumt werden. Für die Petitionskommission soll das Zentrum, für die Budgetkommission sollen die Konservativen, für die Wahlprüfungskommission das Zentrum den Vorsitz stellen. Den Vorsitz in der Rechnungs-Kommission schlug der Abg. Dr. Spahn (Zentr.) vor, den Sozialdemokraten zu gewähren. Der Abg. Singer (Soz.) lehnte dies mit dem Hinweis darauf ab, daß früher die Sozialdemokraten den Vorsitz in der Geschäftsordnungskommission gehabt hätten. Auf Antrag des Abg. Spahn wurde darauf beschlossen, der freisinnigen Volkspartei den Vorsitz in der Rechnungs-Kommission zu geben, mit der Ermächtigung, ev. ihn — im Falle der Ablehnung — den Nationalliberalen zu übertragen.

Der Abg. Dr. Müller-Sagan (freis. Vp.) regt an, bei der Verteilung der Tribünenkarten an die einzelnen Fraktionen des Reichstages die Fraktionen alleamt reichlicher zu bedenken und nicht so viel Tribünenarten wie bisher an Befördernde und Aufsehende zu vergeben. Der Seniorenenkonvent stimmt dieser Anregung zu und ersucht den Vorsitzenden, dem Präsidenten Grafen Walckreuth seine Wünsche des Seniorenenkonvents vorzulegen. Mit Hilfe des Zentrums hat Gräber den Antrag im Reichstoge eingebracht, den Reichsanwalt zu ersuchen, im Interesse der heimischen Landwirtschaft dahin zu wirken, daß 1. denjenigen Gemeinden, welche in außergerichtlichem Wege von Einquartierungslast betroffen werden, Zuschläge zu den Entschädigungsgeldern seitens des Reichs gezahlt werden; 2. die Einberufung zu Truppenübungen nicht während der Erntezeit stattfindet. Zur Geschäftsordnung haben Auer und Genossen beantragt, den ersten Satz des § 44 der Geschäftsordnung durch die Bestim-

mung zu ersetzen: „Sofortige Zulassung zum Worte können nur diejenigen Mitglieder verlangen, welche über die Verteilung der Geschäftsordnung reden wollen.“ Auf diese Weise soll die alle, in voriger Tagung aufgehobene Bestimmung wieder eingeführt werden. Der zweite Satz lautet: „Persönliche Bemerkungen sind erst nach dem Schluß der Debatte oder im Falle der Vertagung derselben am Schluß der Sitzung gestattet. Tatsächliche Bemerkungen sind unzulässig.“

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

20. öffentliche Sitzung, Vormittags 10 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Schlussberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation B über Titel 34 des außerordentlichen Staatshaushaltsetats für 1904/05, die Herstellung einer normalspurigen Nebenbahn von Weibenberg nach Rablbor (dritte und letzte Rate) betreffend.

Die Finanzdeputation B, Berichterstatter Abg. Reusch beantragt, die unter Tit. 34 des außerordentlichen Staatshaushaltsetats für 1904/05 eingestellten 2000 000 Mk. zur Herstellung der Nebenbahn von Weibenberg nach Rablbor nach der Vorlage zu bewilligen. Die Gesamtaufkosten sind mit 5007 000 Mk. veranschlagt. Die 7 Kilometer lange Teilstrecke Weibenberg-Varuth konnte schon im November d. J. eröffnet werden. Die Linie ist die einzige Nebenlinie, welche in diesem Etat den Ständen von der Regierung vorgeschlagen wird. Nach kurzer Debatte wird dem Antrag zugestimmt.

Nächste Sitzung: Montag, den 14. Dezember, mittags 12 Uhr. Tagesordnung: Die Petitionen.

Dem Landtag sind drei neue Dekrete zugestellt worden. Dekret Nr. 21 enthält den Bericht über die Verwaltung der Landesbrandversicherungsanstalt in den Jahren 1901/02. Aus dem Dekret geht hervor, daß die Geschäftsergebnisse der Anstalt als sehr günstig zu bezeichnen sind; ihre finanziellen Verhältnisse haben es gestattet, die Beiträge nach 2 bzw. 1 1/2 Pfg. von der Einheit zu erheben. Dekret 22 umfaßt den Entwurf eines Gesetzes über die Oberrechnungskammer. Die Verhältnisse derselben, welche eine Kontrolle über den gesamten Staatshaushalt zu führen hat, sind bisher durch die Verordnung vom 4. April 1877 geregelt worden. Der jetzige Gesetzesentwurf ist auf Antrag des vorigen Landtags hin ausgearbeitet worden. Das gegenwärtig stattfindende zweimalige Erinnerungsverfahren wird beseitigt, die bisherige Revision erster Instanz durch ein Rechnungsabnahmeverfahren ersetzt und die jetzige Einrichtung des Rechnungsprüfungswezens wesentlich vereinfacht. Trotzdem wird sich eine Erhöhung der Kosten ergeben, da neue Kräfte einzustellen sind. Dekret 23 betrifft einen 5. Nachtrag zum ordentlichen Etat für 1902/03 und beantragt die Verwendung von 10 000 Mark für Zwecke der Gendarmerieanstalt zu Lasten des Reservefonds.

Soziale Rundschau.

Gewerkschaftliches.

k. Eine schwere Niederlage haben bei der Gewerbegerichts-wahl in Köln die Zentrums-Gewerkschaften erlitten. Die Kandidaten der freien Gewerkschaften erhielten 0500, die sogenannten „Christlichen“ nur 5112 Stimmen — und das im heiligen Köln, dem deutschen Rom, dem Sitz der Zentrumsleitung und des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Der Sieg der freien Gewerkschaften über die Zentrumsagitatoren wäre noch um mindestens 800 Stimmen größer, wenn nicht im Bezirk Deutz die Wahl wegen ungewöhnlichen Andranges gescheitert worden wäre.

Sozialpolitisches.

(*) Eine organisatorische Aenderung tritt bei den Stuttgarter Ortskrankenkassen am 1. Januar n. J. in Kraft. Bisher existierten dort 11 Kassen, welche zwar gemeinsame Bureau-räumlichkeiten und einen gemeinsamen Beamtenstab unterhielten, aber je einen besonderen Vorstand und besondere Statuten hatten, nach welchen Beiträge und Leistungen sehr verschieden bemessen waren. Der letztere Umstand trägt Schuld daran, daß die geplante Vereinigung sämtlicher Kassen zu einer einzigen nicht zustande kam. Die Vertreter der besser gestellten Kassen weigerten sich nämlich, einer Statutenänderung beizustimmen, welche es ermöglicht hätte, den Mitgliedern der schlechter situierten Kassen eine Erleichterung zu gewähren. Immerhin ist erreicht worden, daß durch Zusammenlegung einzelner Kassen deren Zahl von 11 auf 5 reduziert wurde. Hoffentlich wird auf diesem Wege fortgeschritten, so daß in nicht zu ferner Zeit die Verschmelzung aller Kassen doch noch zur Tatsache wird.

Aus der Partei.

ac. Aus der italienischen Partei. In der letzten Sitzung des italienischen Parteivorstandes wurde die Frage aufgeworfen, ob Turati noch Mitglied des Parteivorstandes bleiben könne. Turati ist bekanntlich mit seinen Anhängern aus der alten Räufänder Parteiorganisation ausgeschieden und hat eine besondere Parteigruppe gebildet. Deswegen war von einigen Parteigruppen die obige Frage erörtert worden; Turati beantragte selbst, daß der Parteivorstand sich darüber entscheiden solle. Nach längerer Diskussion wurden drei verschiedene Tagesordnungen eingebracht. Die eine, von Longobardi eingebracht, spricht aus, daß die Ausscheidung Turatis aus dem Parteivorstand auf Grund des Parteistatus zu erfolgen habe. In der zweiten, von Solbi, wird zum Ausdruck gebracht, daß der Parteivorstand sich für unfähig erkläre, die im Schoße der Partei bestehenden Streitfragen zu lösen, und daß er es deshalb auch für inopportunistisch hält, die von Turati angeregte Frage zu entscheiden. Zu dieser Resolution brachte Ferrri ein Amendement ein, in dem es heißt, daß Turati provisorisch bis zum nächsten Kongress Mitglied des Parteivorstandes zu bleiben habe. Die dritte, von Chiesa eingebrachte Resolution lautet: „Der Parteivorstand erklärt unter Berufung auf die am 4. November angenommene Resolution, daß Turati zur Teilnahme am Parteivorstand berechtigt und verpflichtet ist und ersucht ihn deshalb, zu verbleiben.“ Bei der Abstimmung wird die Resolution Chiesa mit 6 Stimmen angenommen, die von Ferrri-Solbi erhält die der zwei Antragsteller und die von Longobardi nur seine eigene Stimme. Bekanntlich haben zurzeit die Anhänger Turatis die Mehrheit im Parteivorstand.

Gemeinde-Zeitung.

Enthra. (Gemeinderats-sitzung vom 9. Dezember.) Für die von der Freiwilligen Feuerwehr gekauften Sprichenschläuche sind noch 28,60 Mark zu zahlen; 20 Mark sind von ihr mit einer erhaltenen Prämie bezahlt worden. Die Bekanntmachungen der Gemeinde sollen gemeinschaftlich mit Bösdorf erfolgen. Zum Freibantverkäufer wurde Fleischer Schille mit 8 Stimmen gegen 8, die auf Herrmann Kühn fielen, gewählt. Letzterer wurde als Stellvertreter gewählt. Das Reichsessen soll später erfolgen. Dem Schumann wurde eine Gratifikation von 80 Mark bewilligt. Zur Sprache kam noch die Anschaffung des Inventars des Gemeindevorstandes. Die Einweihung des neuen Gemeindevorstandes erfolgt Sonntag, den 3. Januar 1904 mit darauf folgender Festtafel im Reichsadler. Nächsten Sonntag, vormittags 11 Uhr, erfolgt eine gemeinschaftliche Besichtigung des neuen Gemeindevorstandes durch die Gemeinderatsmitglieder.

Crimmitschau.

Wird es Euch nun allmählich klar, Ihr hochgemuten, stolzen Herren, Daß es ein großer Schmirer war, Die fleißigen Hände auszusperren, Daß ihr im eignen Netz euch fängt Bei lustigem Champagnergeschen, Daß eine Dummheit ihr begingt, Die schwerer wiegt als ein Verbrechen? Es sollte euch der vierte Stand Für seine Zunfttage büßen; Ihr wolltet jeden Widerstand Vertreten unter euern Füßen; Ihr habt voll Zubericht geglaubt, Bei denen, die für euch sich placken, Zu beugen jedes trotzig Haupt, Zu brechen jeden starren Nacken, Und ihnen den modernen Geist, Der drohend blickt durch eure Scheiben, Und seine Rücken frech und dreist Für Jahre gründlich auszutreiben Ihr habt gewöhnt, es handle sich Im schlimmsten Fall um ein paar Wochen; Dann lasse sie ihr Mut im Stich, Dann sei der Massen Trost gebrochen; Und was dem Hunger nicht erliegt, Und seinem nimmermüden Magen, Das werde durch den Frost besiegt, Bereits in den Novembertagen, Denn wenn nicht vor dem Winterwind Der Männer Trost von selber stirbe, So mache man durch Weib und Kind Sie schließlich doch unfehlbar mürbe. Wird wen'ger Ware hergestellt, So steigt der Preis nach kurzer Pause; Auch zeigt man nebenher der Welt, Daß man noch Herr im eignen Hause. Kurz, alles schien euch gut zu stehen — Da hieß es keine Zeit verlieren — Ihr wolltet bis ans Ende gehn, Und ein Exempel statuieren; Ihr saht vereint in eurer Hand Die schwersten und die schärfsten Waffen, Drum wolltet ihr, fürs ganze Land, Am Weg des Schreckens Ruhe schaffen. Jedoch — Ihr irrtet euch im Land Und im geduldeten Volk der Sachsen; Es ist der Massen Widerstand Bereits euch über'n Kopf gewachsen, Denn stoisch trotz man eurer Macht Und prasselnd schlagen jetzt die Flammen Des Streits, den ihr frivol entfaßt, Ob eurem eignen First zusammen. Ihr ahntet nicht, daß man der Not Mit off'ner Hand zu Hilfe eile, Daß man den fargen Wissen Brot Mit Crimmitschau im Munde teilte, Daß sich das rote Königreich Verbünde über Berg und Tale Und euch den rohen Prozentreich Mit hohen Zinsen heimbezahle, Ihr stellt euch ungeberdig noch, Gestützt auf den Gendarmenschraken, Ihr schmäht und höhnt und trotzt, Jedoch, ihr werdet schon die Waffen strecken Denn Sorge schleicht durch euer Haus; Ihr schmort auf glühend heißem Kofte, Und rechnet zähneklappernd aus, Was euch der Kampf bis dato koste. Es spielt ein bängliches Gefühl Mit eurer Kampflust armen Nesten, Und dem Verbissensten wird's schweiß Beim Blick in seinen Feuerfesten, Die Massen aber sind sich klar, In Reih und Glied steh'n sie geschlossen, Und willig reichen Hilfe dar Im ganzen Lande die Genossen. Gefährtet ist der Herren Schlag; Sie schwanken schon in den Entschlüssen Und werden den Zehnstundentag Am Ende doch gewähren müssen.

R. L.

Die nationalliberale Kölnische Zeitung über den Crimmitschauer Lohnkampf.

Daß die Crimmitschauer Arbeiter im Rechte sind mit ihren Forderungen, muß jetzt selbst die „liberale“ Kölnische Zeitung anerkennen. Sie zeigt, daß überall die Weber besser entlohnt werden als in Crimmitschau und stellt den Löhnen der letzteren die in bergischen Landen gezahlten gegenüber. Danach verdienen pro Stunde:

- A) 14—16jährige Kadner in Crimmitschau 9 Pfg., im Oberbergischen 11—12 Pfg.
- B) 16—18jährige Kadner in Crimmitschau 11—12 Pfg., im Oberbergischen 14—15 Pfg.
- C) Mädchen für Krempeln, Zwirnen, Spinneln usw. in Crimmitschau 13—14 Pfg., im Oberbergischen 18—21 Pfg.
- D) Härtler, Wolfer, Wagarbeiter usw. in Crimmitschau 25 Pfg., im Oberbergischen 28—33 Pfg.

Wobann fährt das erwähnte Blatt fort: „Jeder Spinnerei-Bachmann kann nachrechnen, daß dieser Unterschied der Löhne mindestens die Zinsen der Spinnereianlage darstellt, womit wir ohne Umschweife sagen wollen: der Mietwert einer rheinischen Spinnerei ist um den Anlagezins geringer als in Crimmitschau; ohne Verschulden des rheinischen Spinners, aber auch ohne das Verdienst des Crimmitschauer Spinners; einzig die Lohnfrage entscheidet. Und wenn man sich hüten oder drücken hinter die alte Ausflucht verschangen sollte, dafür leiste der höher entlohnte Arbeiter auch mehr, so wollen wir hierdurch mal deutlich behaupten: der sächsische Spinnarbeiter wird von keinem andern deutschen Spinnarbeiter an Schulung und Leistung übertroffen; man wird es, glauben wir, wohlweislich nicht mal versuchen, den Gegenbeweis anzutreten.“

Wir können nur bedauern, daß der Ausstand in Crimmitschau begann; der Crimmitschauer Fabrikantenverband wird mit uns der Meinung sein, zunächst sei es angebracht gewesen, in den andern sächsischen (und schlesischen) Flächen Ordnung zu schaffen. Aber, hiervon abgesehen: irgend eine Berechtigung der östlichen Plätze, billiger als am Rheine zu entlohnen, sehen wir nicht ein. Den Einwand, daß der Arbeiter soviel billiger leben könne oben, werfen wir kühl zu dem